



Nezahat Baradari

Mitglied des Deutschen Bundestages
Kreis Olpe/Märkischer Kreis I



KONTAKT

 **Bundestagsbüro Berlin**
Nezahat Baradari, MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin

nezahat.baradari@bundestag.de

030/22 77 12 60

 **Wahlkreisbüros**

Willy-Brandt-Haus
Breitenfeld 1B
58507 Lüdenscheid
nezahat.baradari.wk02@bundestag.de
027 22 / 6 57 68 84

Niederste Straße 15
57439 Attendorn
nezahat.baradari.wk@bundestag.de
027 22 / 6 57 68 84

 www.nezahat-baradari.de/

 <https://www.facebook.com/Baradari2021/>

 <https://www.instagram.com/nezahatbaradari/>

LIEBE GENOSSINNEN UND GENOSSEN, LIEBE FREUNDINNEN UND FREUNDE DER SPD!

Ein Monat voller Arbeit liegt hinter uns – immerhin ist der Sommer nun ausgebrochen, auch wenn es leider teilweise auch zu heiß für diese Jahreszeit war. Heiß wurde auch im politischen Berlin diskutiert, darüber möchte ich einen Überblick geben.

Der Krieg in der Ukraine tobt weiter. Und daher ist es nur allzu verständlich, dass Staaten wie Schweden und Finnland aus berechtigtem eigenen Sicherheitsinteresse in die NATO eintreten wollen. Am 29.6.2022 stimmten dem beim Gipfeltreffen in Madrid alle Staats- und Regierungschefs der 30 Mitgliedstaaten zu. Auch wir Bundestagsabgeordnete werden in der letzten Sitzungswoche des Deutschen Bundestages – vor der sog. parlamentarischen Sommerpause – im Deutschen Bundestag darüber debattieren und abstimmen.

Sorgen machen mir die gestiegenen Energiepreise, die sowohl die privaten Haushalte als auch die heimischen und vor allem energieintensiven Firmen vor große Herausforderungen stellen. Ein Ausbau von Erneuerbaren Energien mit Windkraftanlagen, Photovoltaik, grünem Wasserstoff u. v. m. muss entschieden voran gebracht werden. Vom Bund aus wollen wir eine zwei Prozent-Regelung der Landesfläche für Windkraft auf den Weg bringen und werden auch der schwarz-grünen Landesregierung in NRW genau auf die Finger schauen. Welche Entlastungen für die Verbraucherinnen und Verbraucher ab dem 1. Juli gelten, findet ihr am Ende des Newsletters.

Meine Bemühungen für einen schnelleren Bau Rahmedetalbrücke auf der A 45 gehen im Parlament weiter, in dem ich viele Gespräche auf Bundesebene führe und immer wieder auf diesen besonderen Missstand in Südwestfalen hinweise. In Lüdenscheid ist unsere Verkehrshauptschlagader abgeschnitten und darunter leiden die Anwohnerinnen und Anwohner gesundheitlich wie auch die Gewerbetreibenden, Firmen und ihre Be-



schäftigten sowie auch das Klinikum Lüdenscheid mit all ihren Folgen – auch weit über Lüdenscheid hinaus.

Kalt hat mich in Berlin die Ankündigung der Firma Kostal erwischt, dass rund 900 Menschen entlassen werden sollen und dafür aber in Ungarn Dienstleistungsangebote erweitert werden. Ungarn hatte neulich von der Europäischen Kommission einen sog. blauen Brief hinsichtlich Verstößen gegen die Rechtsstaatlichkeit bekommen! Hierzu konnte ich mit der Öffentlichkeitsabteilung der Firma Kostal ein digitales Videogespräch führen. Als Wahlkreisabgeordnete habe ich meine Kritik geäußert und mein Angebot der Teilnahme an einem runden Tisch erneuert.

In diesem vollgepackten Newsletter findet ihr wie immer eine interessante Rückschau in den Monat Juni: Ich berichte gerne über den EU-Projekttag in Lüdenscheid, meinen sehr bereichernden Austausch, u.a. über das West-Nil-Virus, mit Prof. Dr. Schmidt-Chanasit und über meine Besuche bei Ohm und Hähner in Drolshagen, der Feuerverzinkerei Lennestadt und beim Ärzteverein Lüdenscheid-Altena! Jeder Termin in unserer Region war und ist mir jedes Mal eine große Freude – die Menschen hier haben einfach das Herz am richtigen Fleck! Mit Stolz und Freude übe ich deshalb mein Mandat für den Märkischen Kreis I / Kreis Olpe in Berlin aus! Und Berlin ist auch gleich das richtige Stichwort, denn natürlich werde ich euch von meiner Reise nach Barcelona in der Funktion als Leiterin der deutschen Delegation bei der Parlamentarischen Versammlung der Mittelmeerländer und von meiner Reise nach Brüs-

sel als ordentliches Mitglied im Ausschuss für europäische Angelegenheiten im nächsten Newsletter berichten.

Ich wünsche euch allen viel Freude beim Lesen und einen guten Ferienbeginn! Passt bitte gut auf euch auf, denn die Coronaerkrankungen nehmen wieder zu.

Liebe Grüße,
eure Nezahat

Nezahat

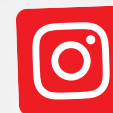
Laufend aktuelle
Infos unter



www.nezahat-baradari.de



[www.facebook.com/
Baradari2021/](https://www.facebook.com/Baradari2021/)



[www.instagram.com/
nezahatbaradari/](https://www.instagram.com/nezahatbaradari/)



Lange dafür gekämpft und ein Wahl- und Koalitionsversprechen eingehalten:

**DER PARAGRAF 219 A
STGB IST GESCHICHTE!**

SCHWANGERE IN KONFLIKTSITUATIONEN: ENDLICH RECHTSSICHERHEIT FÜR ÄRZTINNEN UND ÄRZTE

Letzte Woche wurde der Paragraf 219a aus dem Strafgesetzbuch gestrichen. Damit erhalten nun Ärztinnen und Ärzte, die Frauen bei möglichen Schwangerschaftsabbrüchen beraten, Rechtssicherheit. Bisher mussten diese noch mit Anzeigen rechnen. Auch sollen alle strafgerichtlichen Urteile gegen diese Ärztinnen und Ärzte seit dem 3. Oktober 1990 rückwirkend aufgehoben werden. Ich freue mich über diese Entscheidung, als Abgeordnete sowie als Ärztin. Es handelt sich hierbei nicht um eine Ausweitung von Abtreibungen. Die Auflagen, bis wann ein Schwangerschaftsabbruch möglich ist, und auch die Beratungspflicht bestehen weiterhin. Begleitende Änderungen des Heilmittelwerbegesetzes sollen dafür sorgen, dass irreführende oder abstoßende Werbung für Schwangerschaftsabbrüche weiterhin verboten bleibt.

Mir ist es lieber, dass sich Frauen in Konfliktsituationen fundierte und fachliche Information von Expertinnen und Experten holen, als wenn sie im Verborgenen die Kinder zur Welt bringen und aus Scham, Geldmangel, familiären Gründen oder einfach aus einer Situation der Ausweglosigkeit heraus dem Tod

überlassen. Ärzte haben die oberste Pflicht, Leben zu schützen und zu erhalten. Diese Pflicht umfasst auch die eingehende Information der Schwangeren, was ein Schwangerschaftsabbruch bedeutet, wie dieser



Foto: spdfraktion.de

durchgeführt wird und welche Nebenwirkungen bzw. Auswirkungen dieser haben kann.

Aus den Gesprächen mit den Stellen für Schwangerenkonfliktberatung, wie Mirjam aus Olpe, konnte ich erfahren, dass Frauen, die aus diversen Gründen abtreiben wollen, sich nach einer ärztlichen Beratung teils für die Fortsetzung einer Schwangerschaft entscheiden. Keine Frau fällt diese Entscheidung leichtfertig. Im Gegenteil, wenn die Entscheidung zur Abtreibung gefällt wird, wirkt sich diese auf sie und ihre Familie aus. Sie begleitet sie ihr Leben lang.

POLITIK TRIFFT WISSENSCHAFT

Mein Gespräch mit Prof. Dr. Jonas Schmidt-Chanasit von der Leibniz-Gemeinschaft

In einem tollen neuen Format konnte ich zuletzt Prof. Dr. Jonas Schmidt-Chanasit von der Leibniz-Gemeinschaft online treffen. Zum Thema „Epidemie- & Pandemie-Frühwarnsysteme: Welche Gesundheitsgefahren durch Viren bestehen in Deutschland und in Europa?“ habe ich mich nicht nur als Politikerin, sondern auch von Arzt zu Ärztin mit ihm austauschen können. Prof. Schmidt-Chanasit ist ein Experte im Bereich der Arboviren im Bernhard Nocht Institut für Tropenmedizin und er konnte mir einiges über das West-Nil-Virus (WNV) erklären.

Das WNV wird über Stechmücken (wie z. B. Malaria auch) auf den Menschen übertragen und kommt ursprünglich aus Afrika. Durch die Klimakrise wird es auch bei uns wärmer, was den Stechmücken beste Bedingungen zur Ausbreitung bietet. Vor allem in Süd- und Ostdeutschland kann das WNV im Spätsommer nachgewiesen werden.

Das Virus ist für die meisten Menschen ungefährlich. Lediglich Geschwächte und Vorerkrankte müssen hier auf der Hut sein. Herr Schmidt-Chanasit zeigte sich aber mir gegenüber optimistisch, dass auch für dieses Virus ein Impfstoff für Menschen gefunden werden kann.

Für dessen Bekämpfung und Eindämmung setzt man auf die neuste Technik. Durch frei verfügbare Apps werden sog. „Risikogebiete“ angezeigt, in denen es vermehrt zu Infektionen durch die besagten Mücken kommt. Gleichzeitig können wissenschaftsinteressierte Bürgerinnen und Bürger mit dazu beitragen, Neuausbrüche des Virus zu melden (Citizen Science), in dem sie zum Beispiel unerklärlich gestorbene Vögel einsenden. Bei frühzeitiger Feststellung eines Risiko-



Screenshot: Bundestagsbüro Nezhah Baradari

gebietes ist es möglich, mobile Einsatzteams zu entsenden, die die Mücken lokal bekämpfen und so von vornherein eine Ausbreitung verhindern. Bisher befindet sich diese Technik in Deutschland in der Erprobung. In anderen Ländern, wie z. B. in Griechenland, werden vergleichbare Technologien bereits erfolgreich genutzt.

Dass immer häufiger Viren von Tieren auf die Menschen überspringen, liegt vor allem auch daran, dass der Mensch weiter in die Lebensräume der Tiere eindringt, sagte mir der Professor der Leibniz-Gemeinschaft. Daher muss Umweltschutz und Gesundheit auch immer politisch gemeinsam betrachtet werden. Genau dafür ist der „Health in all policies“ Ansatz für mich als Mitglied im Ausschuss für europäische Angelegenheiten mit der Berichterstattung Europäische Gesundheitspolitik so immens wichtig und dafür setze ich mich ein.

Auch die EU-Kommission ist offenbar besorgt. Damit die Forscher schneller vorankommen, hat sie dem Netzwerk gerade einen [fünf Millionen Euro schweren Förderpreis](#) zugesprochen. Das Geld fließt in ein Projekt, bei dem eine künstliche Intelligenz von Mücken ausgelöste Epidemien vorhersagen soll.



REDE VOR DEM DEUTSCHEN BUNDESTAG ZUR EUROPÄISCHEN GESUNDHEITSPOLITIK

In meiner Bundestagsrede im Rahmen der Abgabe der Regierungserklärung durch den Bundeskanzler Olaf Scholz zum Europäischen Rat am 23./24. Juni 2022 in Elmau und zum NATO-Gipfeltreffen vom 28. bis 30. Juni 2022 in Madrid ging ich auf den Themenkomplex europäische Gesundheitspolitik ein.

Diese könnt ihr euch auf der [Mediathek des Deutschen Bundestages](#) anschauen und anhören.



Screenshot: Mediathek des Deutschen Bundestages

JUNGE MENSCHEN UND DIE EU

EU-Projekttag mit Schülerinnen und Schülern der Adolf-Reichwein-Gesamtschule in Lüdenscheid



Foto: Bundestagsbüro Nezhahat Baradari

Wir Politikerinnen und Politiker müssen auch und besonders mit jungen Menschen reden. Darum sind Termine wie der EU-Projekttag an Schulen so wichtig – damit wir in Kontakt kommen.

Anlässlich des EU-Projekttages hatten mich die Schülerinnen und Schülern der EF-Klasse der Adolf-Reichwein-Gesamtschule in Lüdenscheid eingeladen, um über die EU zu diskutieren. Als Mitglied im Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union war mein Interesse gleich geweckt. Dazu passt, dass die Adolf-Reichwein-Gesamtschule, als einzige Lehranstalt in Lüdenscheid als Europaschule ausgezeichnet ist. Ein erweitertes Fremdsprachenangebot, besondere Kurse, aber auch internationale Aktionen, Austausch und Erasmus-Projekte bietet die Schule an. Erst kürzlich war eine Gruppe der der Adolf-Reichwein-Gesamtschule zu Gast in Straßburg, hatte dort unter anderem den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte besucht.

Die EU ist zwar ein etwas kompliziertes Konstrukt, aber sie ist für uns unverzichtbar. Das haben wir auch wieder in Zeiten der Coronapandemie gemerkt: Der Informationsaustausch und das gemeinsame Agieren

in dieser Zeit und Impfstoffe waren wichtig. Die Ziele der EU, die unter anderem soziale Gerechtigkeit, Frieden und Freiheit beinhalten – die können nur gemeinsam erreicht werden.

Natürlich war auch der Krieg in der Ukraine Thema bei unserer Gesprächsrunde. Es ist richtig und ist wichtig, dass wir der Ukraine beistehen und helfen. Aber ich bin davon überzeugt, dass dieser Krieg nicht militärisch beendet werden kann.

Gespräche und diplomatische Verhandlungen sind nach wie vor nötig.

Ein wenig bremsen musste ich die Hoffnungen der Schülerinnen und Schüler in Bezug auf schnelle Lösungen in Sachen Energieunabhängigkeit. Das sind Prozesse, die einfach ihre Zeit brauchen. Wichtig ist, dass wir weiter mit Hochdruck daran arbeiten. Immerhin, wir machen Fortschritte beim Ausbau erneuerbarer Energien und der Förderung von Elektroautos. Fragen zur Afrika-Strategie Deutschlands, die Plastikvermüllung der Ozeane, die steigende Inflation und Demokratisierungsprozesse waren einige der Themen, die die Oberstufenschülerinnen und -schüler ebenfalls mit mir diskutiert haben (viele Infos über Recycling und Kreislaufwirtschaft gib es übrigens auf der [Internetseite des BMUV](#).)

Ich freue mich, dass in der Zwischenzeit die EU-Kommission und das EU-Parlament den europäischen Mindestlohn beschlossen haben. Selbstverständlich ist eine hohe Tarifbindung bei den Löhnen weiterhin notwendig, aber so ist ein Schritt in Richtung soziale Gerechtigkeit und Wertschätzung von Arbeit der Menschen in der EU erreicht ([Die Maßnahmen des Parlaments für faire Mindestlöhne in der EU](#)).

IN HALVER IN GUTEN HÄNDEN

Ein guter und kontroverser Austausch in der ambulanten Pflegeeinrichtung „In guten Händen“

Bei meinem Besuch der ambulanten Pflegeeinrichtung „In guten Händen“ in Halver hatten wir einen guten, teils kontroversen Austausch bezüglich des Tariftreuegesetzes, welches ab dem 1. September 2022 angewendet werden soll.

Demnach müssen alle Pflegeeinrichtungen Tariflöhne an ihre Beschäftigten bzw. Pflegekräfte bezahlen. Anderenfalls bekommen sie von den Pflegekassen keine Zahlungen mehr.

Große Pflegeunternehmen können aufgrund ihrer Struktur günstiger einkaufen, finanzstärker investieren auf dem Markt und die kleinen Pflegeeinrichtungen wegdrücken.

Frau Hedtfeld und Herr Gräff kritisierten beide, dass die Refinanzierung durch die Pflegekassen nicht geklärt ist, was für die ambulanten Pflegeeinrichtungen einer Katastrophe gleich käme.

Gerade in der Coronapandemie hat die Pflege sehr viel zu stemmen gehabt. Die Vollsperrung der Rahmedetalbrücke gibt den ambulanten Pflegediensten vor Ort den Rest, da viele Pflegekräfte auch aus dem Umland kommen und nach Halver reinfahren müssen.

Die Gefahr ist, dass die zu Pflegenden gar nicht mehr angefahren werden bzw. dass Pflegekräfte ihren Dienst quittieren. Dabei haben wir schon einen massiven Pflegegenotstand!

Thema war auch die einrichtungsbezogene Impfpflicht sowie die im Bundestag leider durch die Stimmen der



Konservativen und den freien Demokraten gescheiterte allgemeine Impfpflicht. Kein Wunder, dass sich Pflegekräfte danach hintergangen fühlen! Denn sie sind nach wie vor verpflichtet, sich gegen Corona impfen zu lassen, aber die Pflegenden und ihre Angehörige nicht! Ansonsten bekommen die Pflegerinnen und Pfleger ein Betretungsverbot der medizinischen bzw. pflegerischen Einrichtung.

Ich sagte zu, die Anliegen mit nach Berlin zu nehmen und an die richtige Stelle zu adressieren.

Auf dem Photo sind Hendrik Gräff, Geschäftsführer der „Pflege an der Volme GmbH“, und Melanie Hedtfeld vom „Pflagedienst in guten Händen GmbH“.



KONZEPTE VON LANDES- UND BEZIRKSREGIERUNG ERFORDERLICH!

Zu hohe Immissions-Belastungen durch die Sperrung der Talbrücke Rahmede

Die Immissions-Belastungen entlang der Umleitungsstrecken durch die Sperrung der Talbrücke Rahmede auf der A 45 sind zu hoch: Das Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen hat dies nun bereits aufgrund einer Verkehrszählung berechnet.

Danach ist an der Lennestraße die Immissionsbelastung für Stickstoffdioxid höher als die EU-Grenzwerte im Jahresmittelwert erlauben. Zwar soll die Situation durch Luftmessgeräte, die Ende Juni aufgestellt werden, weiter überwacht werden. Doch die Gesundheit der Anwohnerinnen und Anwohner muss hier schon jetzt Priorität haben: Konzepte der Landes- und der Bezirksregierung sind nun schnell gefragt, damit die Lüdenscheiderinnen und Lüdenscheider nicht noch

bis zur Fertigstellung der neuen Brücke weiter gesundheitlich beeinträchtigt werden.

Damit wäre erstmal den Menschen geholfen bis zum Neubau der Brücke. Denn jeder sollte wissen, was Emissionen neben Herz-Kreislaufkrankungen verursachen können, nämlich Krebs.

Um den Bau der Rahmedetalbrücke zu beschleunigen, fordere ich, dass diese – ebenso wie die Talbrücke Sterbecke in Schalksmühle – vom Fernstraßen-Bundesamt als „Fall unwesentlicher Bedeutung“ eingestuft wird. Damit würde eine erneute Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) ebenso entfallen wie ein Planfeststellungsverfahren, und der Neubau könnte somit entsprechend beschleunigt werden. Nach den Gesprächen mit dem Staatssekretär Oliver Luksic und dem Bundesverkehrsminister Dr. Volker Wissing pocht das Ministerium auf die Rechtssicherheit bezüglich der UVP, da sonst eine Klage von Umweltverbänden oder auch Einzelpersonen den Bau der Brücke wiederum noch viele Jahre nach hinten verschoben würde. Von der Direktorin der Niederlassung Westfalen der Autobahn GmbH, Frau Sauerwein-Braksiek, konnte ich mir auch Informationen aus erster Hand holen. Die Planungen und die Ausschreibung nach europäischen Vergaberichtlinien laufen parallel auf Hochtouren. Der nächste Meilenstein ist die Sprengung der Brücke im Dezember 2022. Die Bundesregierung möchte zum Herbst neue Gesetzesentwürfe vorlegen, wonach Planungs- und Genehmigungsverfahren beschleunigt werden. Als Wahlkreisabgeordnete bleibe ich selbstverständlich am Ball und werde weiterhin „der Stachel im Fleisch“ sein.



MIT DIRK WIESE BEI OHM & HÄNER IN DROLSHAGEN

Spannende Gespräche und spannende Werksbesichtigung

Diesen Monat besuchte ich mit meinem Abgeordnetenkollegen und stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Dirk Wiese MdB die Firma Ohm & Häner Metallwerk GmbH & Co. KG in Drolshagen. Dort sind wir gemeinsam ins Gespräch gekommen und bekamen eine sehr spannende Werksführung.

Die aktuellen Energiepreise stellen vor allem die heimischen Unternehmen vor große Herausforderungen, die für Produktion viel Energie bzw. Gas benötigen. So stellt es sich auch bei Ohm & Häner dar. Die Sicherung der Arbeitsplätze steht dabei für uns im Fokus. Von Unternehmensseite wurde uns aber auch mitgeteilt, dass es immer schwieriger wird, gutes Personal zu finden. Die Konkurrenz der Unternehmen um Fachkräfte ist

groß, gleichzeitig sind die Fachkräfte durch hohe Lebenshaltungskosten wie Mieten, Energiepreise, aber auch schlechte Verkehrsanbindungen, unter Druck. Eine neue und verbesserte Einwanderungspolitik ist für die Wirtschaft, insbesondere unter dem stark unter Fachkräftemangel leidendem Industriestandort Südwestfalen immens wichtig. Bereits jetzt weisen 50% der Belegschaft eine Migrationsgeschichte auf.

Für den Herbst erarbeiten wir dazu eine Gesetzesvorlage, um den zugezogenen Menschen den Start in den deutschen Arbeitsmarkt zu erleichtern und die einstellenden Unternehmen zu entlasten.

Genauso bereiten wir eine Gesetzesvorlage zur Entbürokratisierung und Beschleunigung von Planfeststellungs- und Genehmigungsverfahren vor. Das wird nicht nur zukünftige Brückenbauten (z. B. die Rahmedetalbrücke A 45) beschleunigen, sondern auch die Unternehmen bei der Expansion unterstützen. Ansonsten können wir die Energiewende nicht schaffen und die Klimaziele nicht einhalten. Unsere Erde brennt schon!

Übrigens: Endlich hat sich die Kreisverwaltung Kreis Olpe zu der Gründung einer Klimaagentur im Kreishaus mit den Bürgermeistern und einigen heimischen Firmen durchringen können, obwohl schon vor zehn Jahren ein Klimakonzept für den Kreis gefordert wurde! Das ist der Nachteil, wenn es absolute Mehrheiten gibt, wie beispielsweise die CDU-Mehrheit im Kreistag Olpe. Dann kann alles blockiert und ausgesetzt werden. Diesen „Luxus“ können wir uns aber nicht mehr leisten.

Ich danke der Firma Ohm & Häner für den guten Austausch, die sehr interessante Werksbesichtigung und ihre Gastfreundschaft.

Auch ein Vertreter der Westfalenpost war bei dem Termin anwesend und hat [darüber berichtet](#).



GAS ALS „ZWISCHEN-TECHNOLOGIE“ NÖTIG

Neben der Werksbesichtigung bei Ohm und Hähner in Drolshagen besuchten Dirk Wiese MdB und ich noch die Verzinkerei Lennestadt GmbH & Co. Kg. Auch unsere neue Landtagsabgeordnete Christin-Marie Stamm konnte an dem Besuch teilnehmen, was mich sehr gefreut hat. Politische Herausforderungen lösen wir nur gemeinsam und hier zeigte sich, dass Bundes- und Landespolitik Hand in Hand gehen können.

Wir waren zu dem Termin angetreten, um zu erfahren, wie das Unternehmen mit der aktuellen Krise, der Rohstoffknappheit und den steigenden Energiepreisen umgeht. Besonders Feuerverzinkereien benötigen große Mengen an Energie bzw. Gas, um ihr Tageswerk, das Verzinken korrosionsgefährdeter Oberflächen und Gegenstände, zu verrichten. Etwaige Preisschwankungen und Lieferengpässe beim Gas betreffen das Unternehmen unmittelbar. Besonders die Verzinkerei ist auf einen konstanten Zufluss an Gas angewiesen. Wie wir bei dem Termin erfuhren, kann eine kurzfristige Unterbrechung der Gasversorgung das Unternehmen lange lahmlegen und große Schäden verursachen. Das liegt daran, dass der Kessel, der das Zink auf 450 Grad Celsius erhitzt (mindestens 419 Grad C), ununterbrochen mit Gas befeuert werden muss. Wird die Gasversorgung unterbrochen, ist ein Abpumpen des Zinks zwingend erforderlich, was eine gründliche Vorbereitung und aufwendige Durchführung erfordert (zum Erhitzen des Zinks sind ca. 350–500 KW/H pro Tonne Zink erforderlich. Im Kessel in Lennestadt befinden sich ca. 350 Tonnen Zink).

Ein Umstieg auf elektrische Energie als Alternative zum Gas ist zwar möglich, aber weder energetisch noch wirtschaftlich sinnvoll. Nur wenn Energie in ausreichendem Maße vorhanden und die Preise niedrig wären, könnte man eine solche Option in Betracht ziehen. Beides sei aber bisher nicht der Fall, sagte uns Kai Seppeler (Aufsichtsratsvorsitzender der Seppeler Holding und Verwaltungs GmbH & Co. Kg). Dirk Wiese betonte, dass auch weiterhin Gas als „Zwischentechnologie“ benötigt werde, was man eben genau in diesem Unternehmen sehen könne. Auch aus diesem Grund sind



Der Vorstand des SPD-Ortsvereins Attendorn: Foto: SPD-Ort Attendorn

wir intensiv auf der Suche nach neuen Partnern für die Gasversorgung. Gerade der Mittelmeerraum ist dabei trotz seiner Herausforderungen in Nordafrika oder der Konflikte in Zypern/Türkei/Israel/Griechenland interessant. Wenn es jedoch beim Ausbau der Erneuerbaren Energien im bisherigen Tempo weitergeht, ist unsere angestrebte Energiewende nicht zu schaffen. Ich bin aber optimistisch, dass wir die Herausforderungen mit der jetzigen Bundesregierung anpacken können. Dazu zählen bessere Netze, eine dichtere Infrastruktur für Ladesäulen und die Wasserstoffversorgung. Unsere Gesetzesentwürfe zur Einwanderung von Fachkräften und Beschleunigung von Planungsfeststellungs- und Genehmigungsverfahren sowie der beschleunigte Bau von Erneuerbaren Energien wie beispielsweise von Windkraftanlagen sind in vollem Gange.

Derweil arbeitet die Verzinkerei gemeinsam mit dem Industrieverband Feuerverzinken daran, das Feuerverzinken zu einem Ausbildungsberuf zu machen. Das hat das Ziel, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für Ihre Arbeit mehr Wertschätzung entgegenzubringen und dem Fachkräftemangel zu begegnen. Es ist noch ein weiter Weg zu gehen, aber ich freue mich über die Initiative und konnte einige Tipps zur Umsetzung geben. Auch für diesen Besuch möchte ich mich bei einem unserer heimischen Unternehmen bedanken und wünsche ihm und den Beschäftigten viel Erfolg.

AKTUELLE HERAUSFORDERUNGEN DER ÄRZTLICHEN ARBEIT

Besuch des Ärztevereins Lüdenscheid-Altena

Nach zwei Jahren Pandemie war es höchste Zeit, auch mal bei meinen ärztlichen Kolleginnen und Kollegen in Lüdenscheid vorbeizuschauen. So ließ ich den Abend nach einem anstrengenden Tag voller Termine ausklingen, gemeinsam mit meinen Kollegen aus dem Ärzteverein Altena/Lüdenscheid und Ärztenetz Märkischer Kreis Süd (mit Dr. Hildenbrand, Prof. Zarse, Dr. Thiemann, Dr. Klein).

Dabei haben wir gute Gespräche führen können und die Kolleginnen und Kollegen konnten mir von den aktuellen Herausforderungen ihrer Arbeit berichten. Die Themen waren Ärztemangel, Wohnraumbeschaffung für ärztliches Personal, die Sperrung der Rahmede-

talbrücke, qualifizierte Einwanderung, Novellierung der Weiterbildungsordnung, ärztliche Versorgung im ländlichen Raum und viele mehr.

Ich bin froh über die Einblicke, die mir die Kolleginnen und Kollegen boten und versprach, weiterhin mit ihnen im Gespräch zu bleiben.

Ohne zu viel zu verraten, es wird gegen Ende des Sommers erneut eine Veranstaltung gemeinsam mit dem Ärzteverein Lüdenscheid/Altena geben, doch dazu später mehr. Gerne beteilige ich mich an diesen Gesprächen als Bundespolitikerin für den südlichen Märkischen Kreis.



Eigenes Foto

KOSTAL PLANT SCHLIESSUNG VON STANDORTEN

Schlag in die Magengrube für rund 900 Beschäftigte in Lüdenscheid, Meinerzhagen und Halver

Die Nachricht über die geplante Schließung der Standorte der Kostal Automobil Elektrik im Märkischen Kreis hat mich in der Sitzungswoche des Deutschen Bundestages in Berlin kalt erwischt.

Ich bin schockiert und enttäuscht darüber, dass die Produktion im Bereich Automobil Elektrik ins Ausland verlegt wird. Für die rund 900 betroffenen Beschäftigten ist das ein Schlag in die Magengrube, vor allem bei einer so kurzfristigen Benachrichtigung. Alle beteiligten Akteure müssen nun gemeinsam handeln, um für die von der Schließung betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Lüdenscheid, Meinerzhagen und Halver sozial verträgliche Lösungen zu finden.

Gleichzeitig ist die Verlagerung der Werke eine zusätzliche Hiobsbotschaft für die Region. Denn viele Firmen in der Region arbeiten für Kostal, liefern entsprechende Teile zu. Deren Arbeitsplätze und Know-how sind nun ebenfalls gefährdet und Wertschöpfungsketten werden ins Ausland verlagert.

Als Mitglied im EU-Ausschuss des Bundestages weiß ich um die günstigen Standortkosten in Ungarn, aber allein die niedrigen Energiekosten in Ungarn werden an anderer Stelle teuer erkaufte. Ungarn hatte zuletzt

EU-Sanktionen gegen Russland verhindert, um weiterhin russisches Öl zu beziehen. Auch Entwicklungen bei Rechtsstaatlichkeit und Korruptionsbekämpfung sehe ich in Ungarn sehr kritisch.

Für unsere Region bedeutet das, dass wir uns noch mehr für die wirtschaftliche Entwicklung einsetzen müssen. Hier ist ein runder Tisch gefordert aus Akteuren der Unternehmensführung, Beschäftigtenvertretern bzw. Betriebsräten, IHK und der Politik aus den Kommunen, Land und Bund.

Zäsur für die Region: Kostal schließt Standorte im MK

**Sozial
verträgliche
Lösungen für die
Beschäftigten
müssen gefunden
werden!**







NEZAHAT BARADARI
MITGLIED DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES





DEUTSCHLAND WIRD SOZIALER

Diese Neuerungen bringt der Juli

-  **Höchster Rentenanstieg**
seit Jahrzehnten
(um 5,35 Prozent im Westen und 6,12 Prozent im Osten)
-  **Der Mindestlohn steigt**
auf 10,45 € (ab 01.10. auf 12,- €)
-  **Der Kinderbonus kommt** (100 € pro Kind)
-  **Der Corona-Bonus für Grund-
sicherung, Sozialhilfe und ALG II**
wird überwiesen (200 €)

DEUTSCHLAND WIRD VERBRAUCHER:INNENFREUNDLICHER

Diese Neuerungen bringt der Juli

-  **EEG-Umlage fällt weg**
-  **Kündigung von Online-
Verträgen wird leichter**
-  **Auskunftspflicht über
Miethöhe**
-  **Rückgabe von
E-Geräten
im Supermarkt**

